

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerei  
Tagesblatt Rieser  
Gartenstr. 20.  
Telefon Nr. 12.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grodenheim, des Amtsgerichts und der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Riechen behördlich festgesetzte bestimmte Blatt.

Postkammer  
Grosden 1880  
Strolasche  
Rieser Nr. 22.

Nr. 221.

Donnerstag, 20. September 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Rest des Quartals von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 6 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 7 mm hohe Anzeigenspalte (6 Spalten) 100 Gold-Pfennige; je nach Ausdehnung und tabellarischer Satz 50%, Kuponlag, feste Tarife. Gewählter Nachdruck, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontos gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Künftige Unterhaltungsbeiträge sind an der Kasse zu zahlen. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Verkehrs der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Befreiung oder Rückzahlung der Beiträge, Restationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Grotzstraße 50. Verantwortlich für Redaktionen: Heinrich Hagemann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

## Die freie Hand im Osten.

au. Benesch und Bilsudn haben sich auf ihren Reisen nach England und Frankreich immer wieder bemüht, diese Mächte vor ihren Augen zu spannen und sie zu bestimmen, bei allen Verhandlungen mit Deutschland darauf zu bestehen, daß Deutschland einem Ottocarno zugänglich und dadurch eine Garantie für die Grenzen im Osten geschaffen wird. Von englischer Seite wurden jedenfalls Zusagen nicht gemacht. Dagegen war besonders Bilsudn in der Lage — und die französische Presse pflichtete ihm bei — zu behaupten, er hätte in Paris die bestimmte Zusage erhalten, Frankreich werde die Klärung der Rheinlande auch von der Zustimmung Deutschlands zu einem Ottocarno abhängig machen. Man mußte sofort Zweifel in diese Behauptung setzen, denn Frankreich hatte genug eigene Forderungen, um sich noch für Polen verwenden zu können. Nebenfalls wäre der Umfang der französischen Bedingungen durch die Hinzunahme des Ottocarno zu umfangreich geworden. Immerhin muß Bilsudn in Paris offene Ohren gefunden haben, denn, wie wir wissen, ist sowohl dem Reichsaußenminister Dr. Brüning als auch dem Reichsminister Dr. Brüning in Paris die Forderung nach einem Ottocarno gestellt worden. Von beiden Seiten jedoch hat man mit Entschiedenheit abgelehnt, diese Angelegenheit in die Verhandlungen mit Frankreich hineinzuziehen, da sie einmal in keinem Zusammenhang stehen, sodann aber Deutschland Jahre hindurch ausgedehnt eckelt hat, daß es keinerlei Bindungen nach dem Osten eingehen könne. Wir haben die Ostpreußen unter Protest stehen lassen und sie bis heute noch nicht anerkannt. Wir denken auch nicht daran, durch ein sogenanntes Ottocarno uns für alle Zeiten auf den bisherigen Grenzstand festlegen zu lassen. Die entscheidende Ablehnung, die von Deutschland gegeben wurde, hatte denn auch zur Folge, daß die Frage des Ottocarno völlig ausfiel, und, wie wir zuverlässig hören, nicht nur von Frankreich, sondern auch von den übrigen Ottocarno-Mächten, Deutschland im Osten völlig freie Hand gelassen wurde.

Die bis dahin unter französischer Schutzherrschaft aufstehenden Polen suchten von Stunde an eine andere Einstellung zu Deutschland, was sich auch aus der damals viel beachteten Ausdrucksweise Hermann Müllers und Bilsudn in Genf ergab. Polen hat eingesehen, daß es nunmehr richtig und praktisch sei, mit Deutschland in ein freundschaftlicheres Verhältnis zu kommen und dadurch Verhandlungen zu erzielen, die vielleicht eine Sicherheit der Grenzen ergeben könnten. Wirtschaftliche Verhandlungen sind ja bereits im Gange, sie berühren aber Angelegenheiten, die lange bereits in der Schwebe liegen und jetzt vielleicht durch ein größeres Gegenkommen Polens zum Abschluss gebracht werden können. Wie wir hören, ist aber nicht anzunehmen, daß Deutschland, ehe nicht die Probleme, die nach dem Westen hinführen, völlig gelöst sind, in der nächsten Zeit den polnischen Wünschen nach einer eingehenden Ausdrucksweise über territoriale Sicherungen folgen wird. Wie wir unterrichtet sind, soll die Lösung des Ostproblems erst in Angriff genommen werden, wenn das Westproblem eine völlige Bereinigung erfahren hat. Es mag für die Mächte der kleinen Entente ein unangenehmer Zustand sein, über die wahren Absichten Deutschlands im Osten im Unklaren zu bleiben. Es liegt auch nicht in der deutschen Absicht, jetzt schon klar umrissene Forderungen zu formulieren, die berechtigten deutschen Wünschen entsprechen. Immerhin wird Deutschland nicht bestehen dürfen, die Lasten zu betonen, daß es keinerlei Bindungen in seiner Ostpolitik eingegangen sei, und von diesem Standpunkt aus das Verhältnis zu Polen und den Mächten der kleinen Entente einstellt.

## Banquer America.

au. Berlin. In Berlin wissen bekanntlich zur Zeit mehrere bekannte und einflussreiche New Yorker Bankiers und Geldmagnaten, ihre Briefe nach Deutschland ist schon zu einem Zeitpunkt erfolgt, als die Verhandlungen in Genf noch nicht begonnen hatten. Und doch weiß man, daß sie in der Hauptsache bezüglich nach Deutschland und Berlin gekommen sind, um die Lage Deutschlands zu prüfen, da Amerika nunmehr erkannt die Frage erwogen will, ob es die für eine Liquidation des Krieges erforderlichen Gelder kassieren kann. Bei den Verhandlungen ist in Genf die Frage gestellt, wie das Schuldenproblem mit dem Reparationsproblem im Zusammenhang gebracht werden kann. Der Plan geht dahin, die Weltschulden auszulösen und zwar auf Kosten Deutschlands, das mit seinen Werten einen amerikanischen Kredit in der Höhe kassieren machen müßte, daß die Schuldentilgung erfolgen kann. Soweit es sich um die Uebernahme der französischen Verpflichtungen an Amerika handelt, müßte Deutschland als direkter Schuldner Amerikas auftreten und ebenfalls die notwendigen Sicherheiten bieten können. Jedoch ist die Anwesenheit der New Yorker Bankiers in Berlin von großer Bedeutung für die augenblicklich schwebenden Fragen und ein Beweis dafür, daß im Gegensatz zu früher die Amerikaner bereit sind, an der Liquidation des Krieges wenigstens finanziell teilzunehmen.

## Schulden Berlin in Banquebau.

X Berlin. Schulden Berlin ist von Bremen (Hamburg) kommend, am nächsten Tage in Banquebau (Rieser) eintrafen.

## Weitere Räumungsverhandlungen Mitte Oktober?

ubi. Berlin. Nach einer Genfer Meldung sollen die diplomatischen Verhandlungen über die Räumung des besetzten Gebietes Mitte Oktober auf dem Wege eines Notenaustausches zwischen den Großmächten in den alliierten Hauptstädten beginnen. Während der Dezember-Tagung des Völkerbundes würde dann eine neue Zusammenkunft der sechs Mächte stattfinden, zu der auch Belgien ausdrücklich eingeladen werden soll, obwohl es nicht Mitglied des Völkerbundes ist. In dieser Zusammenkunft sollen die Ergebnisse des diplomatischen Notenaustausches geprüft und weitere Schritte in ihren Einzelheiten beraten werden.

Ein maßgebender Berliner Stelle ist von diesem Programm noch nichts bekannt. Die Reichsanwalter Müller erst am Dienstag betonte, wird zunächst die Rückkehr der

deutschen Delegation aus Genf abgewartet und dann der Auswärtige Ausschuss des Reichstags einberufen werden. Ueber die einzelnen Schritte, die zu unternehmen sind, wird man sich erst nach der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses klar werden können.

Auch von dem angeblichen Wunsch der bayerischen Regierung, man möchte eine Länderbesprechung über die Genfer Räumungsverhandlungen abhalten, ist in Berlin noch nichts bekannt. Früher haben solche Besprechungen öfter stattgefunden, bislang ist aber bei der Reichsanwalter, wie wir hören, noch kein solches Gesuchen eingegangen. Zweifellos würde die Reichsanwalter einem solchen Wunsch entsprechen. Allerdings würde dann die Berichterstattung der Reichsregierung vor dem Auswärtigen Ausschuss des Reichstags überflüssig sein.

## Ein deutscher Antrag im Abrüstungsausschuss.

X Genf. Im Abrüstungsausschuss der Völkerbundversammlung wurde gestern nachmittags die Ausdrucksweise über den Stand der Arbeiten des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses beim Datum der zweiten Sitzung festgestellt.

Rachdem ein Vertreter Dänemarks in einer kurzen Erklärung eine möglichst baldige Abhaltung der zweiten Sitzung verlangt hatte, ergriff Graf Bernstorff das Wort, um unter Berufung auf die viel beachteten Ausführungen des Reichsanwalter vor der Bundversammlung und die darin enthaltene Forderung nach entscheidenden Maßnahmen der Einberufung der ersten internationalen Abrüstungskonferenz einen eigenen Entschließungsantrag einzubringen, in dem der Rat aufgefordert wird, das Datum dieser Konferenz, die im Laufe des Jahres 1929 zusammenzutreten soll, festzusetzen, wobei dem Präsidenten des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses die Entscheidung über die rechtzeitige Einberufung dieses Ausschusses zur Festlegung des Programms dieser Konferenz überlassen bleibt.

In einer kurzen Begründung wies Graf Bernstorff vor allem darauf hin, daß bei der Bewertung der Sicherheitsverhältnisse unbedingt die durch den Völkerbund und den Kellogg-Pakt gegebene Sicherheit miteinzuwirken werden müsse, was in dem französischen Entschließungsantrag nicht gesehen sei. Auch könne man nicht seiner Genugtuung Ausdruck geben über technische Beratungen, die man nicht kennt, wie das in dem französischen Entschließungsantrag in Bezug auf das französisch-englische Flottenabkommen vorgeschlagen werde, ganz abgesehen davon, daß auch andere grundlegende Differenzen in Bezug auf die Abrüstungen noch nicht beseitigt seien. Dagegen betonte auch Graf Bernstorff einen dringenden Appell des Rates an die Regierungen zur Behebung der bestehenden Differenzen für notwendig, da hinter diesen Schwierigkeiten, wie Paul-Boncour mit Recht erklärt habe, politische Differenzen stehen.

## Entschließungsantrag

Der von Graf Bernstorff eingebrachte Entschließungsantrag lautet:

Die Völkerbundversammlung erklärt, daß die gegenwärtigen Sicherheitsverhältnisse, wie sie durch den Völkerbundpakt, durch die Rüstungsverbindungen und den

Friedensverträgen, ferner durch die Locarno-Verträge und den Valt von Paris, dessen Inkrafttreten bald erfolgt werden kann, gegeben sind, schon jetzt erlauben, eine erste Etappe zu erreichen, indem eine erste allgemeine Abrüstungskonvention aufgestellt wird, die die Beschränkung und Abschaffung der Rüstungen zum Ziele hat und geeignet wäre, das gegenwärtige Rüstungsverhältnis der Rüstungen für die kommenden Jahre zu mindern. Die Bundversammlung ist der Meinung, daß die Arbeiten des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses, sowie auch die des Komitees für Schiedsgerichtsbarkeit und Sicherheit so fortgesetzt werden müssen, daß sie bei späteren Sitzungen die progressive Herabsetzung der Rüstungen erleichtern können.

In diesem Zusammenhang erinnert die Bundversammlung daran, daß die Regierungen, die, über die bestehenden Sicherheitsgarantien hinaus und neben ihnen, die durch die erste allgemeine Abrüstungskonvention noch hinzugefügt werden, Sondergarantien suchen, damit der Rest des Komitees für Schiedsgerichtsbarkeit und Sicherheit über neue Mittel verfügen, die sie zur Durchführung bringen können.

In Erwägung, daß alle technischen Fragen, die die Beschränkung und Abschaffung der Rüstungen betreffen, vom Vorbereitenden Abrüstungsausschuss gründlich geprüft werden, und daß eine Verständigung bis heute wegen Meinungsverschiedenheiten von vorwiegend politischem Charakter nicht erreicht werden konnte, fordert die Bundversammlung den Rat auf, einen dringenden Appell an die Regierungen zu richten, damit jene, zwischen denen solche Meinungsverschiedenheiten noch bestehen, unverzüglich in dem Geiste größter Verständlichkeit und internationaler Solidarität gemeinsame Lösungen suchen, die eine möglichst vollständige Verständigung zu erleichtern geeignet wären, und in der Meinung, daß die Konferenz für Beschränkung und Abschaffung der Rüstungen die trotzdem noch offenbleibenden Fragen entscheiden soll, und bittet den Rat, das Datum dieser Konferenz, die im Verlaufe des Jahres 1929 zusammenzutreten soll, festzusetzen, wobei dem Präsidenten des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses die Entscheidung über die rechtzeitige Einberufung dieses Ausschusses zur Festlegung des Programms dieser Konferenz überlassen bleibt.

## Silentischer Marinebesuch in Deutschland.

Wie verlautet, wird am kommenden Sonnabend das Schiffsboot der silentischen Marine, die Korvette „General Baguena“ in Kiel zu einem mehrstägigen Besuch einlaufen. Bei der autoritären und warmherzigen Aufnahme und der weitgehenden Anteilnahme der silentischen Besatzung anlässlich des Besuchs der deutschen Schiffsleute „Berlin“ und „Emden“ und des Vermessungs- und Fortschrittschiffes „Meteor“ in den silentischen Häfen ist es bezeichnend, daß die deutschen Marinebediensteten sich Mühe geben wollen, durch eine ähnlich freundliche Aufnahme der silentischen Gäste einen Teil der Dankeschuld gegen das befreundete silentische Volk abzutragen. In Kiel sind große Festlichkeiten geplant. Am Sonntag findet bei dem neuen Chef der deutschen Marineleitung, Dr. Roeder, ein Frühstück statt. Am Sonntag sind die silentischen Offiziere und Mannschaften Gäste der Stadt. Am Abend werden sie eine Vorstellung im Stadttheater besuchen. Für den Montag sind eine Reihe von Autoausfahrten für die Gäste vorgesehen. Die vielfachen und engen Beziehungen zwischen der silentischen und deutschen Wehrmacht nehmen ihren Ursprung vor etwa 40 Jahren. Das Bildungswesen des Meeres wurde in den 80er Jahren nach deutschen Vorbildern neu aufgebaut. Gegen Ende dieses Jahrzehnts entsandte Deutschland die ersten Militärlieferanten, Major Römer und Major Gehard. Unter der Regierung des Präsidenten J. Monti beschäftigte sich Römer mit der Umstellung des Meeres nach preußischem Muster und konnte Mitte der 90er Jahre eine größere Anzahl von deutschen Offizieren nach Chile bringen, die in den verschiedenen Truppenteilen wirkten und die dort, besonders in der Offiziers- und Unteroffizierschule, noch heute in gutem Andenken stehen. Einige silentische Offiziere wurden nach Deutschland kommandiert und erhielten eine Ausbildung im deutschen Meer. Seit dem

Krieg ist für Deutschland eine der früheren östlichen Tätigkeiten in Chile durch den Verfall der Verträge unterbunden. Um die Offiziere weiter ausbilden lassen zu können und ihnen die Lehren des Weltkrieges zu zeigen, entsandte das silentische Meer eine Anzahl von ihnen nach Frankreich. Dennoch hat sich die Freundschaft zu Deutschland, die mit einem Besuche von 40 Jahren wohl als traditionell angesehen werden kann, auch über den Weltkrieg hinaus erhalten.

## Die Wirkung des Amnestiegesetzes.

X Berlin. Ueber die Wirkung des Amnestiegesetzes vom 14. Juli d. J. auf die zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehörigen Strafverfahren liegen bisher folgende Zahlen vor:

Der Amnestie sind 436 Personen teilhaftig geworden. 242 Strafen sind völlig erlassen, 82 Strafen sind gemildert oder gestrichelt, 161 anhängige Verfahren sind eingestellt worden. Von den 242 Fällen des Strafverfahrens sind entfallen 239 auf Hochverrat und 3 auf Landesverrat, von den 161 Fällen der Einstellung des Verfahrens entfallen 122 auf Hochverrat und 39 auf Landesverrat.

## 48-Stundenwoche der Beamten.

X Berlin. Von Seiten einiger Beamtenorganisationen ist in den letzten Jahren mehrfach versucht worden, eine Herabsetzung der Dienstverhältnisse der Beamten herbeizuführen, durch die Festlegung der 48-Stundenwoche. Die jetzigen Bestimmungen sehen die 54- bzw. 61-Stundenwoche vor. In diesen Tagen haben nun, wie die Deutsche Zeitung berichtet, erneut Besprechungen im Reichsinnenministerium stattgefunden, von denen erklärt wird, daß sie einen erfolgreichen Verlauf im Sinne derer nehmen, die auch für die Reichsbeamtenchaft die 48-Stundenwoche einführen wollen.